



SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

Brüsseler Erklärung des Seeheimer Kreises – September 2025

HANDLUNGSFÄHIG. GERECHT. EUROPÄISCH.





BRÜSSELER ERKLÄRUNG DES SEEHEIMER KREISES

HANDLUNGSFÄHIG. GERECHT. EUROPÄISCH.

Die Europäische Union ist eines der erfolgreichsten und einzigartigsten Friedens- und Wirtschaftsprojekte der Geschichte. Nur wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Zivilisationsbruch des Holocausts begründeten sechs Europäische Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Vorläuferin der Europäischen Union. Über die Jahrzehnte hinweg ist Europa immer weiter zusammengewachsen. Aus ehemaligen Feinden wurden Freunde. Kein Land in Europa hat so sehr von der Europäischen Einigung profitiert wie Deutschland. In der heutigen Zeit globaler Umbrüche, vom geopolitischen Machtwandel über die Klimakrise bis hin zur digitalen Transformation, ist Europa mehr als ein Friedensprojekt und eine Lehre aus der Vergangenheit. Europa ist Garant für Sicherheit, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt.

Das Gelingen der Europäischen Integration ist nicht nur für uns in Deutschland, sondern in ganz Europa und in jedem Mitgliedstaat von nationalem Interesse. Europa braucht daher Verlässlichkeit in der demokratischen Mitte. Wer europäisch handelt, handelt im nationalen Interesse. Und wer heute patriotisch denkt, denkt europäisch.

Als Seeheimer Kreis arbeiten wir an einer handlungsfähigen und starken Europäischen Union. In sechs Themenfeldern formulieren wir sowohl grundsätzliche als auch konkrete Forderungen für die zukünftige Europapolitik.





INSTITUTIONEN, RECHTSSTAATLICHKEIT, MIGRATION, BINNENMARKT, ENERGIE UND TRANSFORMATION

1. Politische Handlungsfähigkeit der Institutionen

Die EU muss handlungsfähiger werden – auch bei institutionellen Fragen. Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat blockiert zu häufig Fortschritt und verhindert zukunftsweisende Entscheidungen. Wir brauchen eine offene Debatte über Mehrheitsentscheidungen in Schlüsselbereichen, um Europa strategisch weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig braucht es eine kritische Debatte über die Kompetenzverteilung: Was kann Europa besser regeln und was sollten besser die Mitgliedstaaten, Regionen oder Kommunen übernehmen? Subsidiarität und Effizienz dürfen kein Widerspruch sein. Gerade in der digitalisierten Welt verschwimmen Zuständigkeiten. Das erfordert neue Formen von Kerneuropa und Regionalisierung. Auch Kommunen müssen eine stärkere Rolle in der EU spielen.

Eine handlungsfähige Europäische Union braucht auskömmliche Finanzmittel insbesondere für anstehende Investitionen in die Transformation der europäischen Industrien, den Klimaschutz sowie für neue Aufgaben wie den Aufbau einer europäischen Verteidigungsindustrie. Der Reformansatz der Kommission und die Ausrichtung des Haushalts auf ebendiese neuen Prioritäten ist grundsätzlich zu begrüßen. Wir erwarten eine konstruktive Rolle der Bundesregierung in den nun beginnenden Beratungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auch bei den kritischen Aspekten, wie der Frage nach der Gesamthöhe des EU-Etats, der Rolle von Ländern und Kommunen sowie der Schaffung neuer EU-Eigenmittel. Eine neue europäische Unternehmensbesteuerung, wie es die Kommission vorgeschlagen hat, lehnen wir hingegen ab. Sie konterkariert die Vorhaben der Bundesregierung Wachstumsimpulse zu setzen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Die neuen Schwerpunkte des EU-Haushalts dürfen nicht zu Lasten der Regionen oder sozialen Projekten vor Ort gehen. Vielmehr müssen Fördermittel der EU gezielter eingesetzt, transparenter gestaltet und regional wirksam kontrolliert werden. So wird aus Brüsseler Politik konkrete Verbesserung vor Ort – von Infrastruktur bis Innovation.





Unsere Landwirtschaft nimmt eine strategische Rolle bei der Versorgung mit Lebensmitteln und der Bewältigung aktueller Herausforderungen, insbesondere des fortschreitenden Klimawandels und des zunehmenden Verlusts an Biodiversität ein. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sichert Ernährung, schützt Umwelt und stärkt die ländlichen Regionen Europas. Um unsere Versorgung und Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten, muss die EU sowohl die GAP auskömmlich finanziell ausstatten als auch effizient gestalten. Grundsätzlich ist eine europäische Unabhängigkeit in Bezug auf die Selbstversorgung mit Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen im Falle globaler Krisen überlebensnotwendig.

Dafür müssen wir ebenfalls die Produktion von Arzneimitteln, insbesondere Antibiotika, stärken und neue Unternehmen ansiedeln. So erhöhen wir die Resilienz der EU, sichern die Verfügbarkeit wichtiger Medikamente und vermeiden durch hohe Umweltstandards die Entstehung neuer Resistenzen.

Die Savings and Investment Union ist ein zentraler Baustein, um Europas Kapitalmärkte zu stärken, privates Sparvermögen besser zu mobilisieren und Investitionen in Wachstum, Innovation und die grüne Transformation zu lenken. Sie stärkt damit nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der EU, sondern schafft auch mehr Teilhabe und soziale Gerechtigkeit durch breiteren Zugang zu Kapitalmarktchancen.

2. Rechtsstaatlichkeit sichern, Migration ordnen

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Wo Rechtsstaatlichkeit, etwa durch Einschränkung der Justiz, Angriffe auf die Pressefreiheit oder andere Grundrechte, systematisch untergraben wird, muss die EU konsequent handeln. Mit Sorge blicken wir beispielsweise auf die Entwicklungen in Ungarn, wo sich die Situation für LGBTQI+ zunehmend verschärft hat. Das Verfahren nach Artikel 2 EUV ist richtig, aber nicht ausreichend. Die EU braucht schärfere Instrumente zur Verteidigung ihrer Grundwerte, auch durch finanzielle Konditionalitäten im Haushalt bis hin zur Suspendierung der Rechte der Mitgliedschaft.

Rechtspopulistische Bewegungen gefährden den Zusammenhalt und das Vertrauen in die EU. Wer Ängste schürt und die europäische Idee delegitimiert, greift unsere Wertegemeinschaft an. Die EU muss entschieden für Demokratie, Vielfalt und soziale Gerechtigkeit eintreten –





gegen Spaltung, Desinformation und Hetze. Die Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei müssen das Anbietern an den rechten Rand im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat tunlichst unterlassen. Wer Bündnisse mit Rechtsextremen sucht, verrät die Anliegen der eigenen Bevölkerung und handelt weder im nationalen noch im europäischen Interesse.

Die EU sorgt für Sicherheit und Freiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Europäische Agenturen wie Europol, Frontex, die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA) und Eurojust leisten dazu wichtige Beiträge, die wir stärken und weiterentwickeln wollen. Europol soll personell, materiell und operativ ausgebaut, Frontex nachhaltig gestärkt und EUSTA zur Bekämpfung schwerer Umweltschuldigkeiten befähigt werden. Eurojust bleibt zentral für die justizielle Zusammenarbeit. Europa braucht eine kohärente Migrationspolitik. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) soll Migration ordnen, Menschenrechte sichern und die Außengrenzen schützen. Asylsuchende sollen künftig verpflichtend an den Außengrenzen registriert werden. Wir fordern eine zügige Umsetzung der GEAS-Regeln durch alle Mitgliedstaaten und setzen uns für offene Grenzen im Schengenraum bei gleichzeitigem Schutz der EU-Außengrenzen ein.

3. Binnenmarkt, Transformation und Energie

Der Binnenmarkt ist das Rückgrat der Europäischen Integration. Um seine Innovationskraft zu erhalten, braucht es Investitionsimpulse, eine europäische Industriestrategie und einen ambitionierten Clean Industrial Deal, um den Kampf gegen den Klimawandel und die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 entschieden voranzutreiben.

Wir müssen dafür auch die Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI), die mittels staatlicher Förderung einen wichtigen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Wirtschaft leisten, stärken und die Verfahren beschleunigen.

Das EU-Beihilferecht reguliert staatliche Beihilfen und garantiert damit faire Regeln für den Europäischen Binnenmarkt. Das Beihilferecht stellt Länder und Unternehmen gleichermaßen vor erhebliche Herausforderungen und hohe bürokratische Hürden.





Der kürzlich durch die EU-Kommission vorgelegte neue EU-Beihilferahmen im Rahmen des Clean Industrial Deals ist grundsätzlich zu begrüßen. So ermöglicht er zum Beispiel die Einführung eines Industriestrompreises. Gleichzeitig müssen die Vorgaben praxistauglich umgesetzt werden.

EU-Vergaberichtlinien müssen an neue Herausforderungen angepasst werden. Direkte Funktionsvergaben müssen im Zuge einer Verhandlungsvergabe ermöglicht werden.

Energiepolitik endet nicht an nationalen Grenzen. Eine europäische Energieunion mit grenzüberschreitenden Netzen, insbesondere für Wasserstoff, ist überfällig. Energieversorgungssicherheit, bezahlbare Preise und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

Klimaneutralität gelingt nur, wenn sie sozial gerecht gestaltet ist. Das heißt, dass vor allem Haushalte mit geringeren Einkommen Unterstützung für nachhaltiges und bezahlbares Wohnen und Mobilität benötigen. Wir erwarten von der Bundesregierung einen ambitionierten Maßnahmenkatalog im Rahmen des EU-Klimasozialfonds.

AUSSENWIRTSCHAFT, DIPLOMATIE, VERTEIDIGUNG

1. Handels- und Digitalpolitik – europäisch, souverän, regelbasiert

Europa muss sich in einer Welt zwischen China und den USA behaupten. In Zeiten wachsender Abschottung, wie unter Trump und seiner protektionistischen Handelspolitik ist Geschlossenheit die europäische Antwort. Kein Mitgliedstaat ist groß genug, um allein mit den USA oder China zu verhandeln. Gemeinsam aber zählt Europa zu den größten Märkten der Welt. Die EU muss die richtigen Lehren aus den Zollverhandlungen mit den USA ziehen, kurzfristig die Ergebnisse dieser Verhandlungen nachbessern und sich langfristig der eigenen Stärke bewusst machen. Dazu bedarf es nach innen der Stärkung des Binnenmarktes sowie nach außen des konsequenten Anstrebens neuer Handelsabkommen.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern unsere Wirtschaft und Gesellschaft in rasantem Tempo. Hier dominieren Unternehmen aus den USA und zunehmend China diese Entwicklung. Deshalb sind der Aufbau und die Förderung europäischer Kompetenzen der Digitalisierung essenziell für die wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit. Nur eigene Fähigkeiten und Kapazitäten ermöglichen eine Europäische Souveränität.



Eine starke europäische Digitalwirtschaft sorgt gleichzeitig für den besten Schutz persönlicher Daten. Wir wollen große Digitalkonzerne stärker an den entstehenden Kosten beteiligen. Dafür setzen wir uns für eine Plattformabgabe ein, deren Erlöse der Förderung der Medienvielfalt dienen sollen. Darüber hinaus erachten wir auch die Beteiligung großer Digitalkonzerne am Ausbau der digitalen Infrastruktur für sinnvoll zum Beispiel in Form einer Infrastrukturabgabe.

2. Diplomatie und Außenpolitik – strategisch, koordiniert, glaubwürdig

Ein souveränes Europa braucht eine starke gemeinsame und auf dem Völkerrecht basierende Außenpolitik. Die EU muss mit einer Stimme sprechen, sowohl im Dialog mit globalen Partnern wie auch in der Verteidigung eigener Interessen. Dazu gehören ein Ausbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes, eine stärkere Rolle des Hohen Vertreters und mehr ressortübergreifende Abstimmung.

Angesichts der Zeitenwende positionieren wir uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern klar an der Seite der Ukraine. Wir zeigen nicht nur Solidarität, sondern unterstützen die Ukraine auch militärisch, humanitär und diplomatisch, ohne selbst Kriegspartei zu werden.

Die Bundesregierung muss grundsätzlich diplomatische Initiativen stärker europäisch einbetten. Etwa durch gemeinsame Vermittlungsformate, Dialogforen und zivilgesellschaftliche Austauschprogramme.

Die EU muss weiterhin beitragsfähig bleiben – politisch, institutionell und finanziell. Insbesondere der Westbalkan verdient eine klare, belastbare Beitrittsperspektive. Nur so bleiben Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Region dauerhaft gesichert. Erweiterung und Vertiefung müssen dabei gemeinsam gedacht werden.

3. Verteidigungsfähigkeit und strategische Autonomie

Die Sicherheitslage Europas hat sich verändert. Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt: Die EU muss sich auch militärisch verteidigen können. Eine Europäische Verteidigungsunion darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Strategische Autonomie





bedeutet nicht Abgrenzung von den USA, sondern Ergänzung und eigenes Gewicht. Hierfür sind wir bereits wesentliche Schritte gegangen – wie zum Beispiel die Einsetzung des Sondervermögens, die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse und auch die Beschlüsse der NATO, die wir nicht nur mittragen, sondern die NATO vor allem in Verteidigungsfragen als wichtigstes und stärkstes Bündnis ansehen.

Der Aufbau gemeinsamer Rüstungsprojekte, eine Koordinierung der Streitkräfte und eine engere Verzahnung innerhalb der NATO sind Gebote der Zeit. Gleichzeitig braucht es eine parlamentarisch legitimierte Kontrolle durch die Mitgliedstaaten der europäischen Verteidigungspolitik.

Zudem braucht Europa einen funktionierenden Binnenmarkt für Verteidigungsgüter. Die derzeitige Zersplitterung bei Ausschreibung, Beschaffung und Normung führt zu Ineffizienzen und verhindert Synergien. Durch gemeinsame Standards, koordinierte Investitionen und grenzüberschreitende industrielle Kooperationen wird die Effizienz gesteigert und die europäische Verteidigungsfähigkeit gestärkt, ohne dass nationale Zuständigkeiten beeinträchtigt werden.

Zur Verteidigungsfähigkeit gehört heute auch der Schutz vor Cyberangriffen und hybriden Bedrohungen. Die EU muss ihre digitalen Infrastrukturen sichern und ihre Fähigkeiten zur Abwehr von Desinformationskampagnen und Cyberattacken ausbauen. Eine gemeinsame europäische Cyberabwehrstrategie und ein koordinierter Ausbau nationaler Kapazitäten sind unerlässlich, um unsere Demokratien zu schützen.

EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT – WIR GESTALTEN SIE GEMEINSAM

Für den Seeheimer Kreis ist ein starkes, soziales und souveränes Europa keine Option, sondern Voraussetzung für Sicherheit, Wohlstand und Demokratie. Wer europäisch handelt, handelt im deutschen Interesse. Und wer heute patriotisch denkt, denkt europäisch.





SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035

Fax: 030 227-70043

E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis

Twitter: @seeheimer

Instagram: seeheimerkreis